

## **Statement anlässlich des Weltlehrertags 2007**

### **Ulrich Thöne, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**

Die Bundesrepublik hat ein Nachwuchsproblem, insbesondere mit Blick auf hochqualifizierte junge Menschen: Für 100 in den nächsten Jahren ausscheidende Lehrkräfte wachsen nur 60 nach, für 100 Ingenieure kommen lediglich 90 neue. Wenn wir die Akademikerquote verbessern wollen, müssen wir von zwei Seiten zupacken: Die vorhandenen Bildungsreserven müssen stärker aktiviert werden und wir müssen den Beruf des Lehrers attraktiver machen.

Zahlreiche internationale Studien, jüngst der OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“, haben das deutsche Bildungssystem kritisiert, weil es hochselektiv ist, Kinder und Jugendliche von Anfang an aussortiert – und ihnen damit Bildungs- und Lebenschancen nimmt. Deutschland ist Weltmeister in sozialer Auslese. Bis heute hat ein Arbeitersohn viermal schlechtere Chancen sein Abitur zu machen, als die Professorentochter. Statt alle Kinder zu fördern, werden sie beschämt und diskriminiert. Wir brauchen für die Bildungspolitik einen Paradigmenwechsel: Weg von der Auslese hin zur finnischen Philosophie, nach der alle Kinder und Jugendlichen mitgenommen, alle gebraucht werden. Die „Eine Schule für alle Kinder“ ist das Struktur-Modell für dieses Umsteuern. Insbesondere Kinder aus sozial schwächeren Familien und Migrantenhaushalten können hier besser gefördert werden. Wenn wir diesen Weg beschreiten, führen wir auch mehr Kinder zur Hochschulreife - mindestens 40 Prozent eines Jahrgangs. Diese Quote ist das Minimalziel für die Bundesrepublik, wenn sie international nicht noch weiter den Anschluss verlieren will.

Doch damit allein ist das Spiel noch nicht gewonnen. Auch das Angebot der Hochschulen muss sich verbessern: Die Reform der Lehrerbildung steht für die GEW an erster Stelle. Nordrhein-Westfalen hat nach vielen Jahren des beredeten Stillstandes endlich ein – möglicherweise – zukunftsfähiges Konzept entwickelt: Mit den Eckpunkten zur Reform der Lehrerausbildung will die Landesregierung die Gleichwertigkeit der Lehrämter etablieren. Künftig soll das Studium für alle Studierenden gleich lang sein: sechs Semester für den Bachelor und vier Semester im Masterstudium. Die Eckpunkte enthalten diskussionswürdige Vorschläge zur Verzahnung von Theorie und Praxis in der Lehrerausbildung. Wichtig sind zudem die gründliche Vermittlung fachlicher und pädagogischer Kompetenzen sowie eine fachdidaktisch fundierte Praxisreflexion.

So lange aber immer mehr Bundesländer dazu übergehen, ihre Hochschulen mit Studiengebühren abzuschotten, helfen auch die besten inhaltlichen Konzepte nichts. Die Campus-Maut schreckt junge Menschen von der Aufnahme eines Studiums ab, insbesondere wenn sie aus sozial schwächeren Schichten kommen. Aber auch immer mehr Mittelschichtkinder überlegen sich gut, ob sie das Risiko eines Studiums auf sich nehmen.

Wer gute, motivierte Lehrkräfte haben will, die die notwendigen Reformen im Bildungsbereich mit ihren Ideen voranbringen, muss dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für diese Berufsgruppe attraktiv sind. In den vergangenen Jahren sind die Länder einen anderen Weg gegangen: Polemische Politikerschelte über die „faulen Säcke“ ging einher mit der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Arbeitgeber verlängerten die Arbeitszeiten, stopften immer mehr Schüler in die Klassen, kürzten die Gehälter und schufen zunehmend unsichere Arbeitsverhältnisse. Kein Wunder, dass die Zahl der jungen Menschen, die ein Lehramtsstudium begonnen haben, in den vergangenen Jahren gesunken ist. Während der nächsten Tarifrunde, die im kommenden Jahr beginnt, können die Arbeitgeber unter Beweis stellen, dass sie ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung gerecht werden und künftigen Lehrkräften - in Kooperation mit den Gewerkschaften - ein attraktives Angebot schneiden. Manchmal nützt dabei ja auch der Blick über den Zaun ins Wirtschaftsleben: Jedes Dax-Unternehmen lockt hochqualifizierte Führungskräfte und kreative

Köpfe mit guten Gehältern und Arbeitsbedingungen, die ihnen die Möglichkeit bieten, sich zu entfalten. Warum sollte das nicht auch für den öffentlichen Dienst gelten?